



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
33. Sitzung des Hauptausschusses
am Dienstag, 14.07.2015

Ort:	Mittelsaal im Kanzleigebäude, Breite Straße, 23552 Lübeck
Beginn:	16:30 Uhr
Ende:	18:21 Uhr

Anwesende Mitglieder	
-----------------------------	--

Vorsitz	
----------------	--

Jan Lindenau- SPD	
-------------------	--

Mitglieder aus der Bürgerschaft	
--	--

Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD	
---	--

Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN	
---------------------------------	--

Jörg Hundertmark- SPD	
-----------------------	--

Ulrich Krause- CDU	
--------------------	--

Vertretung für: Herrn Zander, Andreas

Christopher Lötsch- CDU	
-------------------------	--

Silke Mählenhoff- Bü90/DIEGRÜNEN	
----------------------------------	--

Peter Reinhardt- SPD	
----------------------	--

Lars Rottloff- CDU	
--------------------	--

Anette Röttger- CDU	
---------------------	--

Thomas Rathcke- FDP	
---------------------	--

Bruno Böhm- fraktionslos	
--------------------------	--

Bastian Langbehn- Die PARTEI-PIRATEN	
--------------------------------------	--

Vertretung für: Herrn Dedow, Oliver

Ragnar Harald Lüttke- DIE LINKE	
---------------------------------	--

Marcellus Niewöhner- BfL	
--------------------------	--

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
---	--

Anja Sabrina Hagge- SPD	
-------------------------	--

Volker Krause- BfL	
--------------------	--

Verwaltung	
-------------------	--

Bürgermeister Bernd Saxe- FB 1 - Bürgermeister	
--	--

Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	
---	--

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
--	--

Senator Bernd Möller- FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
---	--

Senator Franz-Peter Boden- FB 5 - Planen und Bauen	
--	--

Jörg Blank- Beteiligungscontrolling	anwesend nichtöffentl. Teil bis TOP 12.1/18:10 Uhr
Henning Junge- Bürgermeisterkanzlei	
Wolfgang Rojahn- Recht	
Julia Graf- POS	
Christian Harder- 1.210 Buchhaltung und Finanzen	
Beate Lege- Logistik, Statistik und Wahlen	anwesend nichtöffentl. Teil bis TOP 11.2/18:08 Uhr
Claus Strätz- Wirtschaft und Liegenschaften	
Marian Szymczak- - Buchhaltung und Finanzen	
Dr. Jan-Dirk, Verwey- Entsorgungsbetriebe Lübeck	anwesend öffentl. Teil bis TOP5.2/17:09 Uhr
MitarbeiterInnen FB 1-5-	anwesend öffentl. Teil bis TOP 9/17:23 Uhr
VertreterInnen der Personalräte-	anwesend öffentl. Teil bis TOP 9/17:23 Uhr

Protokollführung	
Andrea Lange – FBC 1	

Gäste	
Prof. Dr. Sebastian Jürgens- Geschäftsführer LHG	anwesend nichtöffentl. Teil bis TOP 12.1/18:10 Uhr
Ulfbenno Krüger- Geschäftsführer LHG	anwesend nichtöffentl. Teil bis TOP 12.1/18:10 Uhr

Sonstige Personen	
Zuhörerinnen und Zuhörer-	anwesend öffentl. Teil bis TOP 9/17:23 Uhr
VertreterInnen der Presse-	anwesend öffentl. Teil bis TOP 9/17:23 Uhr

Entschuldigte Mitglieder	
---------------------------------	--

Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Andreas Zander- CDU	entschuldigt
Oliver Dedow- Die PARTEI-PIRATEN	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.06.2015
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Anfrage des AM O. Dedow - G7 Kosten Vorlage: VO/2015/02794
3.2.	Anfrage von BM Lars Rottloff: Öffentliche Servicezeiten in der Verwaltung Vorlage: VO/2015/02813
3.2.1.	Antwort auf Anfrage von BM Lars Rottloff: Öffentliche Servicezeiten in der Verwaltung Vorlage: VO/2015/02870
3.3.	Anfrage von BM Lars Rottloff: Vorhaltung von Bargeld Vorlage: VO/2015/02815
3.4.	Anfrage des Vorsitzenden vom 09.06.15 betr. Kopierkosten in Lübecker Schulen
3.5.	Anfrage von BM Andreas Zander zur IBG Ansiedlung Vorlage: VO/2015/02750
3.5.1.	Antwort der HL und des Koordinierungsbüros Wirtschaft in Lübeck GmbH (KWL) zu Anfrage von BM Andreas Zander zur "IBG Ansiedlung" VO/2015/02750 Vorlage: VO/2015/02785
3.6.	Anfrage von AM Ragnar Lüttke: Wohnraum für Flüchtlinge Vorlage: VO/2015/02845
3.7.	Neu: Anfrage von AM Ragnar Lüttke: Auflagen für Unterkünfte Vorlage: VO/2015/02879
3.8.	Neu: Anfrage von AM Ragnar Lüttke: Asylkoordination Vorlage: VO/2015/02881
3.9.	Neu: Anfrage von BM Andreas Zander: Genehmigungen für den Fischtempel Travemünde Vorlage: VO/2015/02882
3.10.	Anfrage von BM Mählenhoff: Beitritt der IHK Hamburg zur Metropolregion Hamburg

3.11.	Anfrage von BM Mählenhoff: Sachstand von Bauvoranfragen zum Flughafengelände der Fa. PuRen
3.12.	Anfrage von BM Akyurt: Sachstand zu Verhandlungen mit dem Land nach dem Beschluss der Bürgerschaft zur EAE
3.13.	Anfrage von BM Böhm zu Öffnungszeiten der Eric-Warburg-Brücke für die Schifffahrt
3.14.	Mitteilung der Stadtpräsidentin: Beantwortung des Briefes des Innenministeriums zur EAE Bornkamp
4.	Berichte
4.1.	Ergebnishaushalt 2016 - Fachbereichseckwerte Vorlage: VO/2015/02777
4.2.	Bericht Mediation - Nördliche Wallhalbinsel (5.610) Vorlage: VO/2015/02812
5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Musterregelungen für die städtischen Beteiligungen gemäß Lübecker PCGK. Vorlage: VO/2015/02533
5.1.1.	dazu: Begründungsergänzung zur Vorlage VO/2015/02533 - Musterregelungen für die städtischen Beteiligungen gemäß Lübecker PCGK Vorlage: VO/2015/02866
5.2.	Strategische Entwicklung der Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck – Szenarien und Handlungsempfehlungen Vorlage: VO/2015/02733
5.3.	Städtebauförderungsprogramms "Städtebaulicher Denkmalschutz" Ausschreibung der Vorbereitenden Untersuchungen und eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (5.610) Vorlage: VO/2015/02804
6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
7.1.	Neu: Dringlichkeitsantrag AM Bruno Böhm - Unterbringung von Geflüchteten in Sport- und Turnhallen Vorlage: VO/2015/02877
8.	Verschiedenes

8.1.	Mitteilung des Bürgermeisters über eine beabsichtigte Eilentscheidung
9.	Ende des öffentlichen Teils
15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
--------------	--

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Vorsitzende weist auf folgende umgeteilte Unterlagen hin:

TOP 1 Übersicht der Fachausschussergebnisse

Der Vorsitzende weist außerdem auf die neu eingegangenen Anfragen hin. Diese werden in die Tagesordnung unter 3.7 bis 3.9 eingegliedert.

Für den nichtöffentlichen Teil ist eine Anfrage von Herrn Ulrich Krause eingegangen. Dieser soll unter 11.3 eingeordnet werden.

Der Bericht über inhaltliche Differenzen über mögliche Mängel bei Übernahme des Flughafenbetriebs soll unter 12.2 eingeordnet werden.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

Herr Lötisch beantragt ergänzend, auch den Tagesordnungspunkt 3.5. zu vertagen.

*Der Hauptausschuss ist einstimmig
mit der vorgeschlagenen Vertagung
des Tagesordnungspunktes 3.5 einverstanden.*

Der eingegangene Dringlichkeitsantrag von AM Böhm wird unter 7.1 eingeordnet.

*Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der
Dringlichkeit des Tagesordnungspunktes 7.1 zu.*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aufgrund der Änderung der Gemeindeordnung (§ 35) ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist. Dies gilt auch für die ergänzten Punkte 11.3 und 12.2.

*Der Hauptausschuss ist einstimmig „en bloc“
mit der vorgeschlagenen Zuordnung von
Tagesordnungspunkten in den
Nichtöffentlichen Teil einverstanden.*

TOP 2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.06.2015
--------------	---

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt die Niederschrift
in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.*

TOP 3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--------------	--

TOP 3.1	Anfrage des AM O. Dedow - G7 Kosten - Vorlage: VO/2015/02794
----------------	---

Herr Dedow stellt mit VO/2015/02794 folgende Anfrage:

1. Wie viele Mitarbeiter der Stadt waren mit wie vielen Stunden mit der Planung und Durchführung des G7-Gipfels der Außenminister beschäftigt?
2. Welche Kosten sind durch den G7-Gipfel für die Stadt entstanden?
Wodurch sind die Kosten entstanden?
3. Gibt es Umbaumaßnahmen für den G7-Gipfel die bisher nicht wieder rückgebaut wurden bzw. die nicht zurückgebaut werden sollen?
4. War die Umleitung des Busverkehrs um die Altstadtinsel notwendig, um die Polizeikontrollen zu vereinfachen und den Zugang zur Altstadtinsel besser zu regeln?
5. Welche Kosten entstanden für die Stadt Lübeck wegen der zwischenzeitigen Freigabe der Possehlbrücke in beide Fahrtrichtungen?

Der Vorsitzende teilt mir, dass eine Antwort des Außenministeriums aussteht und schlägt die Vertagung der Beratung vor.

Keine weiteren Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und
vertagt die weitere Beratung auf die Sitzung
des Hauptausschusses am 08.09.2015.*

TOP 3.2	Anfrage von BM Lars Rottloff: Öffentliche Servicezeiten in der Verwaltung Vorlage: VO/2015/02813
----------------	---

Herr Rottloff stellt mit VO/2015/02813 folgende Anfrage:

An Donnerstagen enden nach Angabe auf der Internetseite der Hansestadt (http://www.luebeck.de/stadt_politik/rathaus/verwaltung/verwaltgliederung/ordnungsziiffern/) die öffentlichen Servicezeiten in der Verwaltung um 18 Uhr.

- Welche Verwaltungseinheiten sind Donnerstags bis 18 Uhr erreichbar? (Bitte benennen Sie die einzelnen Verwaltungseinheiten.)
- Wie wird diese Erreichbarkeit sichergestellt?

TOP 3.2.1	Antwort auf Anfrage von BM Lars Rottloff: Öffentliche Servicezeiten in der Verwaltung - Vorlage: VO/2015/02870
------------------	---

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

TOP 3.3	Anfrage von BM Lars Rottloff: Vorhaltung von Bargeld Vorlage: VO/2015/02815
----------------	--

Herr Rottloff stellt mit VO/2015/02815 folgende Anfrage:

An verschiedenen Stellen der Hansestadt Lübeck wird Bargeld ausgezahlt.

- Wie viel Bargeld hält die Hansestadt im Durchschnitt vor?
- Wie wird dieses Bargeld an den unterschiedlichen Ausgabestellen gegen unerlaubte Entwendung gesichert?

Die Antwort liegt vor und wird im Nichtöffentlichen Teil behandelt.

TOP 3.4	Anfrage des Vorsitzenden vom 09.06.15 betr. Kopierkosten in Lübecker Schulen
----------------	---

Die Antwort liegt vor und wird im Nichtöffentlichen Teil behandelt.

TOP 3.5	Anfrage von BM Andreas Zander zur IBG Ansiedlung - Vorlage: VO/2015/02750
----------------	--

Herr Zander stellt mit VO/2015/2750 folgende Anfrage:

Aus welchen Gründen ist

- 1) aus Sicht der Stadt die Ansiedlung der Fertigungsstelle für E-Autos durch die Firma IBG gescheitert?
- 2) aus Sicht der KWL die Ansiedlung der Fertigungsstelle für E-Autos durch die Firma IBG gescheitert? (Stellungnahme der KWL)

- 3) Wann und mit welchem Ergebnis ist das Thema in der „Immo-Runde“ beim Bürgermeister behandelt worden? (Bitte um Vorlage der Protokollauszüge)

Ich bitte um schriftliche Beantwortung der Anfrage.

TOP 3.5.1	Antwort der HL und des Koordinierungsbüros Wirtschaft in Lübeck GmbH (KWL) zu Anfrage von BM Andreas Zander zur "IBG Ansiedlung" VO/2015/02750 - Vorlage: VO/2015/02785
------------------	--

Die Antwort liegt vor, ist jedoch vor Eintritt in die Tagesordnung auf den Hauptausschuss am 08.09.2015 vertagt worden.

TOP 3.6	Anfrage von AM Ragnar Lüttke: Wohnraum für Flüchtlinge Vorlage: VO/2015/02845
----------------	--

Herr Lüttke stellt mit VO/2015/02845 folgende Anfrage:

1. Welche Art von Wohnraum wurde bisher zur Unterbringung von Flüchtlingen seitens der Stadt, bzw. über Dritte, angemietet?
(Erbeten wird eine Aufstellung der Mietobjekte nach Größe in m², Preis je m² und vorheriger Nutzung (entweder: Wohnraum, Gewerberaum oder Beherbergungstrieb)
2. Nach welchem Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen wird in Lübeck gesucht? (Größe, Preis/m², Art)
3. Gibt es weitere Kriterien?
4. Wo können sich BürgerInnen melden, wenn sie Wohnraum zur Verfügung stellen wollen?
5. Gibt es BürgerInnen, die sich bereits gemeldet haben und wenn ja – wie viele?

Bei mündlicher Beantwortung bitte ich um Nachreichung der schriftlichen Antwort.

Herr Senator Schindler teilt mit, dass diese Anfrage bereits im Sozialausschuss sehr intensiv behandelt und beantwortet wurde. Die Anfrage wird dort schriftlich beantwortet. Die Antwort wird Herr Senator Schindler auch dem Hauptausschuss zukommen lassen.

Der Vorsitzende fragt ergänzend nach, was die Prüfung der von Herrn Lüttke übergebenen Liste mit Maklern, die Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stellen wollten ergeben hat.

Frau Schwartz beantwortete die Frage dahingehend, dass es sich auf der Liste um 4 Gewerbeflächen handelte. Ein Gebäude hatte keine Fenster, so dass diese Fläche für die Anmietung für Asylsuchende nicht in Frage kam. Bei einer weiteren Fläche wollte der Vermieter nicht an den Bereich Soziale Sicherung für die Unterbringung von Flüchtlingen vermieten. Die Prüfung der 2 weiteren Flächen läuft noch.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und vertagt die weitere Beratung auf die Sitzung des Hauptausschusses am 08.09.2015.

TOP 3.7	Neu: Anfrage von AM Ragnar Lüttke: Auflagen für Unterkünfte
----------------	--

Herr Lüttke stellt mit VO/2015/02879 folgende Anfrage:

Bei mehreren möglichen Unterkünften für Flüchtlinge wurde aufgrund des mangelhaften Brandschutzes dagegen entschieden.

1. Wie viele Objekte wurden außer Betracht gezogen weil der Brandschutz nicht ausreichte?
Als ein konkretes Beispiel ist die Schule Moising zu nennen.
2. Was müsste getan werden, um die Brandschutzauflagen zu erfüllen?
3. Was würde es pro m² Wohnfläche kosten, die Brandschutzauflagen zu erfüllen?

Herr Senator Schindler gibt an, dass eine genaue Beantwortung zu diesem Zeitpunkt nicht möglich sei. Er sagt die Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

Herr Senator Boden teilt mit, dass das Thema Brandschutz sehr individuell auf die jeweilige Fläche abgestimmt ist. Eine pauschale Beantwortung ist nicht möglich. So gelten für z.B. Schulnutzungen andere Bestimmungen, als für Schulgebäude in den en Übernachtungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Herr Rathcke fragt an, warum diese Bedenken in Turnhallen nicht gegeben sein. Dies beantwortet Senator Schindler dahingehend, dass Turnhallen grundsätzlich ebenerdig stehen und damit die Fenster in jedem Fall als Fluchtweg bestehen würden. Außerdem wird eine Turnhalle als 1 großer Raum gewertet. Die Brandschutzbestimmungen sind also anders, als wenn es sich um mehrere kleine Räume handeln würde.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und vertagt die weitere Beratung auf die Sitzung des Hauptausschusses am [08.09.2015](#).

TOP 3.8

**Neu: Anfrage von AM Ragnar Lüttke: Asylkoordination
Vorlage: VO/2015/02881**

Herr Senator Schindler teilt mit, dass auch über diese Anfrage bereits im vorletzten Sozialausschuss ausgiebig beraten wurde. Die Koordinierungsstelle Asyl soll in der Stabsstelle Integration angesiedelt werden. Dort sind 2 MitarbeiterInnen beschäftigt. Eine weitere Stelle ist unbesetzt, hier wird Verstärkung gesucht. Außerdem werden Aufgaben der Asylkoordination auch noch vom Bereich Soziales Sicherung mit übernommen. Dies gilt so lange, bis die Koordinierungsstelle komplett besetzt ist.

Das Land beabsichtigt für die Koordinierungsstelle Mittel zur Verfügung zu stellen. Hier fehlt es noch an der entsprechenden Landesverordnung, die für September erwartet wird. Voraussichtlich können von diesen Mitteln 2 Stellen besetzt werden.

Eine Nachfrage von Herrn Lüttke zur Internetseite bezüglich Asyl beantwortet der Vorsitzende dahingehend, dass diese Seite im Lübeck:Fenster existiert. Es ist ein Wegweiser für Asylsuchende und Flüchtlinge enthalten. Diese Informationen werden in 6 Sprachen vorgehalten. Auch für Ehrenamtliche werden Informationen vorgehalten.

Herr Lüttke stellt mit VO/2015/02881 folgende Anfrage:

Mehrfach wurde angekündigt, dass auf der Internetseite der Hansestadt Lübeck eine Rubrik bzw. Unterseite eingerichtet wird, die Auskunft über die Asylkoordination gibt.

1. Wie ist der Stand der Dinge diesbezüglich?
Es wurde außerdem eine Asylkoordinationsstelle eingerichtet.
2. Wie viele Mitarbeiter sind dort beschäftigt?
3. Wie viele Stellen sind unbesetzt?
4. Welche Qualifikationen haben die MitarbeiterInnen bzw. müssen sie haben?

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

TOP 3.9

Neu: Anfrage von BM Andreas Zander: Genehmigungen für den Fischtempel Travemünde - Vorlage: VO/2015/02882

Herr Zander stellt mit VO/2015/02882 folgende Anfrage:

Der Bürgermeister wird gebeten umfassend schriftlich das Verfahren und die Art der Genehmigungen, wie sie seit 2009 für den Betrieb des Fischtempels, Auf dem Baggersand in 23570 Travemünde, erteilt wurden, darzulegen.

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss vertagt die
Beratung auf die nächste Sitzung
des Hauptausschusses am 08.09.2015.*

TOP 3.10

Anfrage von BM Mählenhoff: Beitritt der IHK Hamburg zur Metropolregion Hamburg

Frau Mählenhoff fragt nach einer Initiative der IHK Hamburg zum Beitritt in die Metropolregion Hamburg.

Ist die HL dazu zu einer Stellungnahme aufgefordert worden?
Und wenn ja, wie hat die HL Stellung genommen?

Herr Bürgermeister Saxe beantwortet die Frage dahingehend, dass die Wirtschaft Interesse an einem Beitritt zur Metropolregion Hamburg hat. Dies wird in den Gremien bereits länger diskutiert. Die Antwort auf eine jetzt konkret angeforderte Stellungnahme kann derzeit nicht gegeben werden.

*Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis und
vertagt die weitere Beratung auf die Sitzung
des Hauptausschusses am 08.09.2015.*

TOP 3.11

Anfrage von BM Mählenhoff: Sachstand von Bauvoranfragen zum

Flughafengelände der Fa. PuRen

Frau Mählenhoff bittet um Aufgäbe des Sachstands zu Bauvoranfragen der Fa. PuRen und was Gegenstand der Bauvoranfrage ist.

Herr Senator Boden teilt mit, dass die Fa. PuRen ein Wohndorf für die Flugschüler der Flugschule aufbauen möchte. Dafür sollte ein Grundstück gegenüber des Flughafens genutzt worden. Dort sieht der Bebauungsplan jedoch Parkplätze vor. Daher ist eine Genehmigung nach dem geltenden Baurecht nicht möglich.

In Absprache mit der Fa. PuRen ist eine andere Lösung gefunden worden. Das Wohndorf kann demnach auf eigener Fläche gebaut werden, da es sich um eine flughafenbezogene Nutzung handelt. Eine Baugenehmigung ist dann nicht erforderlich.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

TOP 3.12	Anfrage von BM Akyurt: Sachstand zu Verhandlungen mit dem Land nach dem Beschluss der Bürgerschaft zur EAE
-----------------	---

Frau Akyurt fragt an, ob es nach dem Bürgerschaftsbeschluss am 18.05.2015 zu dem Nichtverkauf des Grundstücks am Bornkamp Gespräche mit dem Land gegeben hat und ob bei diesem Gespräch auch über eine dezentrale Unterbringung einer EAE gesprochen wurde.

Herr Bürgermeister Saxe stellt nochmals klar, dass die Bürgerschaft zur Einrichtung einer EAE durch das Land nur beteiligt war im Zusammenhang mit dem Verkauf des städtischen Grundstücks Bornkamp. Hätte es sich bei dem Grundstück um ein privates Grundstück gehandelt, wäre keine Beteiligung der Bürgerschaft erfolgt.

Es hat Gespräche mit dem Land gegeben. Dieses hat nochmals klargestellt, dass eine dezentrale EAE in Lübeck nicht in Betracht kommt. Das Land wird von seiner Konzeption nicht abweichen. Es ist auch über alternative Grundstücke (auch private) gesprochen worden. Ein weiteres Gespräch findet Ende der Woche statt. Wenn es Ergebnisse zu alternativen Standorten gibt, wird die Politik über diese informiert.

Auf weitere Nachfrage von Frau Akyurt teilt Bürgermeister Saxe mit, dass durch die Vorlage „Bebauungsplan 09.13.00 – Bornkamp / Schärenweg – Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB“ vor allem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung eines Wohngebietes für unterschiedliche Nutzergruppen (allgemeines Wohnen, Studenten- und Flüchtlingswohnen) geschaffen und die Ansiedlung von hochschulaffinen Dienstleistungen geprüft werden. Es wird nicht in einem Bebauungsplan geregelt, wie viele Plätze ggf. ein Flüchtlingswohnheim haben darf.

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke bestätigt Bürgermeister Saxe, dass es sich bei in Frage kommenden Flächen für eine EAE auch um private Flächen handelt.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

TOP 3.13	Anfrage von BM Böhm zu Öffnungszeiten der Eric-Warburg-Brücke für die Schifffahrt
-----------------	--

Herr Böhm fragt an, warum die Eric-Warburg-Brücke entgegen einem Bürgerschaftsbeschluss in letzter Zeit öfter als 2 Mal täglich geöffnet wird.

Herr Bürgermeister Saxe erklärt, dass die Brücke für die Berufsschifffahrt dann zu öffnen ist, wenn diese die Öffnung benötigt um unter der Brücke hindurch zu kommen. Für die Freizeitschifffahrt ist dies anders. Bei Fertigstellung der Brücke gab es aus seiner Erinnerung auch keinen Bürgerschaftsbeschluss zu Öffnungszeiten, es wurden lediglich Schätzungen insoweit angegeben, dass für die Freizeitschifffahrt voraussichtlich 2 Öffnungen täglich erforderlich sein werden.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

TOP 3.14	Mitteilung der Stadtpräsidentin: Beantwortung des Briefes des Innenministeriums zur EAE Bornkamp
-----------------	---

Frau Stadtpräsidentin Schopenhauer teilt mit, dass sie den Brief es Innenministers nach Ablauf der Frist am Montag, 20.07.2015 beantworten wird. Anmerkungen der Fraktionen können noch bis Freitag, 17.07.2015, bei ihr eingereicht werden.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

TOP 4	Berichte
--------------	-----------------

TOP 4.1	Ergebnishaushalt 2016 - Fachbereichseckwerte Vorlage: VO/2015/02777
----------------	--

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.*

TOP 4.2	Bericht Mediation - Nördliche Wallhalbinsel (5.610) - Vorlage: VO/2015/02812
----------------	---

Keine Wortmeldungen.

*Der Hauptausschuss nimmt
den Bericht zur Kenntnis.*

TOP 5	Beschlussvorlagen
--------------	--------------------------

TOP 5.1	Musterregelungen für die städtischen Beteiligungen gemäß Lübecker PCGK. - Vorlage: VO/2015/02533
----------------	---

Beschlussvorschlag:

1. Als weiterer Schritt zur Umsetzung des Lübecker Public Corporate Governance Kodexes (PCGK) und zur Vereinheitlichung der Vertragswerke und Regelungen für die städtischen Eigengesellschaften und direkten sowie indirekten Mehrheitsbeteiligungen werden folgende Muster beschlossen:

- a. Mustergesellschaftsvertrag (Anlage 1),
- b. Mustergeschäftsordnung für den Aufsichtsrat (Anlage 2),
- c. Mustergeschäftsweisung für die Geschäftsführung (Anlage 3) und
- d. Musterdienstvertrag für Geschäftsführer/-innen (Anlage 4)

2. Der Bürgermeister als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, die bestehenden Vertragswerke und Regelungen in den städtischen Gesellschaften und Mehrheitsbeteiligungen an diese Muster anzupassen. Bei der Erstellung neuer Vertragswerke und Regelungen sind diese Muster zugrunde zu legen. In Beteiligungsgesellschaften sind, sofern erforderlich, Verhandlungen mit den Mitgesellschaftern über die Anpassung der bestehenden Regelungen an diese Muster zu führen.

Herr Hundertmark fragt an, warum in dem Muster des Geschäftsführervertrags eine Regelung zu einer D und O-Versicherung aufgenommen wurde. Dies aber nicht für die Aufsichtsräte gilt.

Herr Blank teilt mit, dass für die Aufsichtsräte im Lübecker PCGK die Versicherung für die Aufsichtsräte enthalten ist. Damit gilt diese Regelung für Aufsichtsräte direkt aus dem PCGK und muss nicht in die Muster aufgenommen werden.

Herr Ulrich Krause schlägt vor in § 5 Abs. 2 des Mustergesellschaftsvertrag nicht von „nahestehenden Personen“ sondern von Angehörigen zu sprechen. „Nahestehende Personen“ ist auslegbar. Der Begriff Angehörige ist klar definiert und sollte daher verwendet werden.

Gleiches gilt für § 10 Abs. 4 der Muster-Geschäftsordnung des Aufsichtsrates. Herr Bürgermeister Saxe sagt eine Prüfung im weiteren Verfahren zu.

Außerdem fehlt aus Sicht von Herrn Ulrich Krause unter § 9 Abs. 4 des Musters eines Gesellschaftsvertrags die Zuständigkeit des Aufsichtsrates die Entscheidung über den Wirtschaftsplan. Herr Saxe teilt dazu mit, dass der Aufsichtsrat eine Empfehlung zum Wirtschaftsplan abgibt. Die Gesellschafterversammlung ist für die Entscheidung über den Wirtschaftsplan zuständig.

*Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
mit der Maßgabe der Prüfung
gemäß Beschlussvorschlag.*

TOP 5.1.1	dazu: Begründungsergänzung zur Vorlage VO/2015/02533 - Musterregelungen für die städtischen Beteiligungen gemäß Lübecker PCGK Vorlage: VO/2015/02866
-----------	--

*Der Hauptausschuss nimmt
die Begründung zur Kenntnis.*

TOP 5.2	Strategische Entwicklung der Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck – Szenarien und Handlungsempfehlungen - Vorlage: VO/2015/02733
---------	--

Beschlussvorschlag:

1. Die Ausarbeitung „Strategische Planung Abfallwirtschaft für die Entsorgungsbetriebe Lübeck“ und die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Entsorgungsbetriebe Lübeck werden beauftragt, die Abfallwirtschaft der Hansestadt Lübeck im Rahmen der abfallwirtschaftlichen Ziele der Hansestadt Lübeck weiter zu entwickeln. Dabei sind die Ziele, wie sie in der Ausarbeitung definiert sind, zu Grunde zu legen. Die Ausarbeitung dient den EBL als Handlungsleitfaden.
3. Die einzelnen Handlungsempfehlungen sind bis zur Entscheidungsreife weiter zu verfolgen. Darüber ist im Werkausschuss zu berichten.
4. Vor einer Umsetzung einzelner Maßnahmen sind in den gemäß Betriebssatzung zuständigen Gremien entsprechende einzelne Beschlüsse herbei zu führen.

Der Vorsitzende weist auf die Ergebnisse aus dem Werkausschuss hin. Herr Reinhardt beantragt eine Abstimmung in der Fassung des Werkausschusses.

1. Die Ausarbeitung „Strategische Planung Abfallwirtschaft für die Entsorgungsbetriebe Lübeck“ und die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen werden zur Kenntnis genommen.

2. Die Entsorgungsbetriebe Lübeck werden beauftragt, die Abfallwirtschaft der Hansestadt Lübeck im Rahmen der abfallwirtschaftlichen Ziele der Hansestadt Lübeck weiter zu entwickeln. Dabei sind die Ziele, wie sie in der Ausarbeitung **auf Seite 7 des Gutachtens** definiert sind, zu Grunde zu legen. Die Ausarbeitung dient den EBL als Handlungsleitfaden.

3. Die einzelnen Handlungsempfehlungen sind bis zur Entscheidungsreife weiter zu verfolgen. Darüber ist im Werkausschuss zu berichten. **Dabei ist auch über anstehende Ausschreibungen, die die Wertgrenze der Betriebssatzung erreichen, zu informieren.**

4. Vor einer Umsetzung einzelner Maßnahmen sind in den gemäß Betriebssatzung zuständigen Gremien entsprechende einzelne Beschlüsse herbei zu führen.

*Der Hauptausschuss empfiehlt der
Bürgerschaft einstimmig, in der Fassung
des Werkausschusses
(fett und unterstrichen dargestellt)
zu entscheiden.*

TOP 5.3	Städtebauförderungsprogramms "Städtebaulicher Denkmalschutz" Ausschreibung der Vorbereitenden Untersuchungen und eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (5.610) - Vorlage: VO/2015/02804
----------------	---

Keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag zur Durchführung von Vorbereitenden Untersuchungen und der Erstellung eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ wird öffentlich ausgeschrieben.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag.

TOP 6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--------------	--

TOP 7	Anträge von Ausschussmitgliedern
--------------	---

TOP 7.1	Neu: Dringlichkeitsantrag AM Bruno Böhm - Unterbringung von Geflüchteten in Sport- und Turnhallen - Vorlage: VO/2015/02877
----------------	---

Beschlussvorschlag:

1. Die Unterbringung von Geflüchteten in Sport- und Turnhallen soll vermieden werden. Sie soll nur erfolgen, wenn keine andere Unterbringungsoption (Wohnungen, Gemeinschaftsunterkünfte, Container etc.) besteht.
2. Ist die Unterbringung in Sport- und Turnhallen dennoch notwendig, ist sie zeitlich zu begrenzen. Die Stadtteile und Sportvereine sind im Rotationsverfahren gleichmäßig heranzuziehen.
3. Soll eine Sport- oder Turnhalle länger als zwei Monate genutzt werden, ist eine Freigabe durch den Hauptausschuss notwendig.
4. Der Bürgermeister möge dem Hauptausschuss in seiner nächsten Sitzung berichten, wie Belange des Brandschutzes bei der Nutzung der Sport- und Turnhallen als Unterkunft berücksichtigt werden. Ebenso ist zu berichten, welche Anforderungen an die Sanitäreinrichtungen gestellt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er Probleme mit dem Punkt 2 des Antrags sehe. Sollte dieser so beschlossen werden, würde der Hauptausschuss sich ständig mit der Turnhallenbelegung befassen müssen. Außerdem würde dies einen unverhältnismäßigen Aufwand für die Verwaltung bedeuten ständig die Hallen zu wechseln. Vor dem Hintergrund, dass eine Turnhallenbelegung mit Flüchtlingen nur das letzte Mittel der Unterbringung bedeuten soll, sollte schon eine Belegung immer in der gleichen Halle erfolgen.

Ein Beschluss zu Punkt 3 würde einen Eingriff in das operative Geschäft der Verwaltung bedeuten.

Dies würde ständige Sondersitzungen erforderlich machen. Bürgermeister Saxe weist auf die Zuständigkeitsordnung hin, wonach die Belegung der Turnhallen in den Zuständigkeitsbereich des Schul- und Sportausschusses falle. Zu Punkt 4 macht er deutlich, dass Fragen des Brandschutzes nur auf ein bestimmtes Gebäude bezogen berichtet werden kann. Eine allgemeine Berichterstattung ist nicht möglich.

Zu dem Antrag diskutieren, zum Teil mehrfach, der Vorsitzende, Frau Akyurt, Herr Senator Schindler, Frau Senatorin Weiher und Herr Böhm.

Der Vorsitzende schlägt die punktweise Abstimmung vor.

Der Hauptausschuss
ist einverstanden.

*Der Hauptausschuss beschließt einstimmig zu
Punkt 1 und 4 gem. Beschlussvorschlag
und lehnt die Punkte 2 und 3 ab.*

TOP 8	Verschiedenes
--------------	----------------------

TOP 8.1	Mitteilung des Bürgermeisters über eine beabsichtigte Eilentscheidung
----------------	--

Bürgermeister Saxe teilt mit, er werde eine Eilentscheidung betreffend der Vergabe von Leistungen im Rahmen der Sanierung des Sportbades St. Lorenz treffen. Die Haushaltsmittel sind im Wirtschaftsplan der Lübecker Schwimmbäder geordnet, die Ausschreibung war freigegeben und der Vergabeausschuss nicht mehr rechtzeitig erreicht worden. Die Aufträge belaufen sich auf ca. 500 TEUR. Die Maßnahme wird mit 250 TEUR gefördert.

*Der Hauptausschuss nimmt
die Mitteilung zur Kenntnis.*

TOP 9	Ende des öffentlichen Teils
--------------	------------------------------------

Der Vorsitzende schließt um 17.23 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit verlässt den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 17.25 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 12.1 vorgezogen wird.

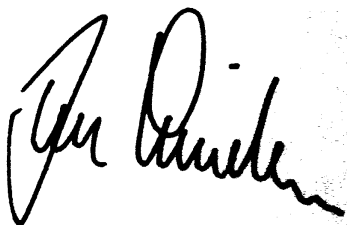

TOP 15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
---------------	--

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des

Bürgermeisters behandelt worden sind.

*Der Hauptausschuss
nimmt Kenntnis.*

Lübeck, den 23. September 2015

	
<p>Jan Lindenau Vorsitzender</p>	<p>Andrea Lange Protokollführung</p>